



2018/12 Reportage

<https://jungle.world/artikel/2018/12/den-schuss-gehoert>

US-amerikanische Schülerinnen und Schüler protestieren für »gun control«

Den Schuss gehört

Reportage Von **Carl Melchers Doris Liebscher**

Als Reaktion auf das Massaker an der Marjory Stoneman Douglas High School in Parkland, Florida, erleben die Vereinigten Staaten eine Welle von Schülerinnen- und Schülerprotesten.

Malik ist wütend, sehr wütend. Er hält vor sich ein Schild mit der Aufschrift »Ich bin 18 – Ich kann eine Schusswaffe kaufen, aber kein Bier«. Doch das ist nicht der eigentliche Grund seiner Wut. »Ich gehe auf die High School einen Block die Straße hinunter«, sagt er. Da gebe es zwar »nicht wirklich« ein Problem mit Schusswaffen, aber er habe Freunde in Florida und manche davon sind »auf diese Schule da gegangen«.

Mit »diese Schule da« meint Malik die Marjory Stoneman Douglas High School in Parkland, Florida. Am 14. Februar, dem Valentinstag, tötete dort der 19jährige Nicolas Cruz mit einem halbautomatischen AR-15-Gewehr 14 Mitschülerinnen und Mitschüler sowie drei Erwachsene und verletzte viele weitere, einige schwer.

Allein in den ersten neun Wochen dieses Jahres gab es im ganzen Land 14 Schießereien an Schulen und Universitäten, viele davon mit tödlichem Ausgang. Vorigen Mittwoch, genau einen Monat nach dem Angriff in Parkland fand deshalb ein US-weiter walkout statt – ein Schulstreik, bei dem die Schülerinnen und Schüler kollektiv die Schule verlassen. Über 3 000 Schulen beteiligten sich, darunter auch die High School in Brooklyn Heights, New York, die Malik besucht. 17 Minuten sollen die walkouts in der Regel dauern – eine Minute für jedes Opfer des Massakers in Florida. Die walkouts sind ein mächtiges Symbol, ein Protest von Kindern und Jugendlichen gegen die Schusswaffenmassaker an Schulen, wie sie seit dem Gemetzel an der Columbine High School, Colorado, am 20. April 1999, immer wieder das Land heimsuchen. In Columbine starben zwölf Schülerinnen und Schüler, bevor die beiden Attentäter sich selbst töteten. Nun fordern die Überlebenden des Angriffs von Parkland endlich wirksame gun control – schärfere Waffengesetze und das Verbot des Verkaufs kriegstauglicher Gewehre.

Vor der Borough Hall, dem ehemaligen Rathaus von Brooklyn, protestieren neben Malik noch etwa 1 000 weitere Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Studierende der benachbarten Metro Tech University. Sie tragen meist selbstgemalte Schilder oder

Aufkleber, auf denen etwa »Drive out Trump / Pence fascist regime« steht. Eine junge Frau mit Sonnenbrille hält ein Schild mit der Aufschrift »Guns have more rights than my vagina«. Auch sie ist wütend. »Es gibt viel Streit über Abtreibungen, die werden stärker reguliert als Waffenkäufe«, sagt sie. Zum Kauf einer Waffe müsse sie nur in einen Laden spazieren, aber wenn sie eine Abtreibung haben wolle, sei das »ein großes Problem«. Sie spielt darauf an, dass häufig dieselben Politiker, für die das Recht, Waffen zu tragen, zu den unantastbaren Grundpfeilern der Verfassung gehört, beim »Recht auf Leben« von Föten keine Ausnahme kennen. Im Hintergrund skandiert die Menge: »Hört auf zu schweigen, beendet die Gewalt.«

Eine junge Frau mit Sonnenbrille hält ein Schild mit der Aufschrift »Guns have more rights than my vagina«. »Es gibt viel Streit über Abtreibungen, die werden stärker reguliert als Waffenkäufe«, sagt sie.

Auch die rassistische Ungleichbehandlung ärgert die junge Frau. »Wenn ein weißer Junge in eine Schule geht und Leute umlegt, dann kommt er in eine Nervenklinik, ein schwarzer Junge kann dagegen keine Gnade erwarten«, sagt sie. Die Polizisten würden ihn sofort töten und das sei »nicht fair«. Massaker mit Schusswaffen in den Vereinigten Staaten – an Schulen und anderswo – werden zu 90 Prozent von weißen Männern verübt. Kein einziger schwarzer Schüler hat bisher eines jener mass shootings verübt, die, so die New York Times am 15. Februar, »dem Gewissen der Nation einen Shock versetzt haben«. Dass Nicolas Cruz hingegen glimpflich davonkommen wird, ist zweifelhaft. Michael J. Satz, Staatsanwalt von Broward County, Florida, hatte bereits am Tag zuvor angekündigt, die Todesstrafe für den 19jährigen zu beantragen.

Die seit Jahrzehnten praktizierte zero tolerance gegen noch so geringfügige jugendliche Renitenz, zu deren Rechtfertigung die Massaker häufig angeführt werden, trifft trotzdem überwiegend schwarze Schülerinnen und Schüler. Sie erhielten in der Vergangenheit drei Mal häufiger disziplinarische Schulverweise oder Unterrichtsausschlüsse als Weiße. An Schulen betreffen Verhaftungen durch die Polizei überwiegend students of color. Das ist bereits seit fünf Jahren bekannt. Man spricht inzwischen von einer school-to-prison pipeline, durch die die Betroffenen direkt in das weitverzweigte Netz des Strafvollzugssystems geraten – und häufig nicht mehr hinauskommen. Eine andere Jugendliche unterbricht die junge Frau mit Sonnenbrille: »Es ist nicht nur ein Problem an den Schulen, sondern auch auf den Straßen, und es ist ein intersektionales Problem, dem gerade women of color ausgesetzt sind.« Wenige später löst sich die Menge auf, die zwei Stunden an dem sonnigen, aber kalten Morgen vor dem ehemaligen Rathaus gestanden, Reden zugehört und Parolen gerufen hat. Spontan brechen »Fuck Trump«-Sprechchöre aus. Es wird gelacht und gekichert.



Eine Nachricht an die NRA: Keine weiteren Massaker an Schulen

So jugendlich unschuldig der Protest zum Teil wirkt, so erwachsen wirken viele Aussagen der Jugendlichen. Ganz selbstverständlich verwenden sie Begriffe wie »Intersektionalität«, wenn sie die Überlappungen von Herrschaftsverhältnissen wie Rassismus und Sexismus schildern. Fünftklässler machen sich Gedanken, ob Lehrer bewaffnet werden sollen, wie US-Präsident Donald Trump als Reaktion auf das Parkland-Massaker gefordert hat. »Nicht nur Kinder haben Depressionen«, sagt der elfjährige Tom. Er trägt eine Zahnspange und hat sich die Kapuze seines schwarzen Hoodies gegen die Kälte übergezogen. Was wäre los, wenn ein Lehrer mit psychischen Problemen einfach eine ganze Schulklasse umlegen würde? Oder wenn er seine Waffe in der Schublade des Lehrerpults vergäße und sie so in die Hände von Kindern fiel?

Seit dem Parkland-Massaker sind Kinder und Jugendliche im ganzen Land wie elektrifiziert. Ältere Beobachter sprechen von einer Stimmung wie zuletzt zu Beginn der Bürgerrechtsbewegung in den sechziger Jahren. In New York haben die Proteste zumeist die volle Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer sowie des politischen Establishments. In Manhattans Finanzdistrikt beteiligte sich medienwirksam der Gouverneur Andrew

Cuomo (Demokratische Partei) an einem die-in im Zuccotti Park, dem Schauplatz der Occupy-Proteste im Jahr 2011. »Ich denke manchmal, dass ihr Schülerinnen und Schüler mehr Führungswillen zeigt als die sogenannte politische Führung in Washington«, rief er den Jugendlichen zu.

In Washington, D.C., und Umland verließen Tausende ihre Klassenzimmer und marschierten bis auf die Treppen des Kapitols. Einige Abgeordnete erwarteten dort die Protestierenden. Die überwiegend weißhaarigen Herren aus der demokratischen Partei mussten allerdings beim High-five-Geben und Selfies-Machen mit den Jugendlichen feststellen, dass sie keiner kannte. Die Ausnahme war Vermonts Senator Bernie Sanders – bei dessen Anblick brach die Menge in freudige »Bernie! Bernie!«-Rufe aus.

An vielen High Schools wurden die geplanten »walkouts« abgesagt, nachdem anonyme Drohungen im Zusammenhang mit den Protesten eingegangen waren.

In konservativ regierten Bundesstaaten stießen die walkouts oft auf weniger Sympathie. Die Argumente gegen sie fallen unterschiedlich aus. Manchmal heißt es, erst Kinder ab einem bestimmten Alter seien politisch mündig genug, um selbst zu entscheiden, ob sie an Protesten teilnehmen. Andere finden, dass die Proteste gerade jüngere Kinder in Angst versetzten oder dass die Kinder dadurch Gefahren ausgesetzt seien. Im Bundesstaat Texas, wird die Teilnahme sogar als Schulschwänzen geahndet und mit einem Schulverweis gedroht. Die American Civil Liberties Union (ACLU) ließ daraufhin verlauten, dass die Schulverwaltungen dazu prinzipiell berechtigt seien. Politisch motiviertes Schulschwänzen dürfe aber keinesfalls härter bestraft werden als das übliche.



Jung und wütend: Schülerinnen und Schüler protestieren auf den Stufen der Borough Hall, dem ehemaligen Rathaus von Brooklyn, New York

An einigen High Schools fanden die geplanten walkouts nach anonymen Drohungen nicht statt, etwa in Raleigh, North Carolina, in Bergen County, New Jersey, in Weston, Wisconsin, und in der Romeoville, Illinois. Nicht alle diese Drohungen galten als glaubhaft, trotzdem wurden die Veranstaltungen vorsichtshalber abgesagt. An einer Schule in Illinois und einer weiteren in Virginia fanden die walkouts trotz Drohungen statt. An der Shikellamy High School in Pennsylvania wurde der Protest kurzfristig wegen eines angedrohten drive-by shooting abgesagt. Zwei Schulen in Clearville, New Jersey, wurden nach anonymen Drohungen sogar geschlossen. Die Proteste verliefen überwiegend ohne gewalttätige Zwischenfälle. Nur in Chicago verhinderte die Polizei gewaltsam eine Straßenblockade während eines walkouts und machte Festnahmen.

Die Jugendproteste geschehen in einer ohnehin schon politisch aufgeladenen und polarisierten Zeit. Die Nation ist geteilt in Trump-Freunde und Trump-Feinde, in MSNBC- und Fox News-Gucker, in Leute, die das Land mit Mauern umgeben wollen, und sanctuary cities. Die Proteste treten nicht nur in die Fußstapfen der neuen sozialen Bewegungen von Black Lives Matters bis »Me too«, sie geraten auch mitten in einen erbitterten Kampf um die Zukunft der amerikanischen Demokratie. Noch am Tag vor den walkouts feuerte Trump seinen Außenminister Rex Tillerson, der gemeinsam mit dem Nationalen Sicherheitsberater Herbert R. McMaster als einer der moderaten Kräfte in Trumps Kabinett galt. Auch McMasters Stuhl gilt inzwischen als wackelig. CIA-Direktor Mike Pompeo, bekannt als innen- wie außenpolitischer rechter Allround-Hardliner, soll Tillerson ersetzen.

Die Postenbesetzung als Reality-TV-Show ist nur der sichtbarste Ausdruck einer Entwicklung zum autoritären Staat.

Glatt verläuft diese Entwicklung nicht. Die Trump-Regierung steht unter extremem Druck. Die Russland-Ermittlungen des FBI-Sonderermittlers Robert Mueller bringen Trump mehr und mehr in Bedrängnis, während Kandidaten der Republikaner links und rechts Wahlen verlieren. Zuletzt verlor bei einer Wahl am Dienstag voriger Woche in Pennsylvania der Republikaner Rick Saccone seinen Kongresssitz an einen gemäßigten Demokraten. Der Sitz galt seit Ewigkeiten als republikanischer Erbhof. Trump hatte im Wahlkampf sein volles politisches Gewicht für Saccone in die Wagschale geworfen, was die Niederlage letztlich zu Trumps eigener machte.

Druck wächst seit dem Parkland-Massaker auch auf die mächtige National Rifle Association (NRA), die wichtigste Lobbyorganisation der Waffenbesitzer. Diese, organisiert in der NRA oder der noch extremeren Organisation Gun Owners of America (GOA) treten überwiegend als loyale Trump-Basis mit der entsprechend schrillen Rhetorik auf. Sie haben nun einen formidablen Gegner. Weitere landesweite Proteste der gun control-Bewegung sind bereits angekündigt, darunter eine Großdemonstration, zu der in Washington, D.C., am kommenden Samstag ein halbe Millionen Teilnehmende erwartet werden, und eine Demonstration am 20. April, dem Jahrestag des Columbine-Massakers. Ob daraus tatsächlich »eine neue Bürgerrechtsbewegung entsteht«, wie eine junge Rednerin während des Protests vor Borough Hall durch ihr Megaphon den Demonstrierenden zurief – es bleibt nur zu hoffen.